

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	19
A. Die Europäisierung des Asyl- und Ausländerrechts	20
I. Das Recht der Unionsbürger	21
II. Das Recht der Drittstaatsangehörigen	22
B. Einheitliches Rechtsregime für Drittstaatsangehörige und Unionsbürger?	23
I. Akzessorische Geltung von Unionsbürgerrechten für Drittstaatsangehörige	24
II. Völkerrechtlich bedingte Unionsbürgerrechte für Drittstaatsangehörige	25
III. Zwischenfazit	26
IV. „Originäres“ europäisches Migrationsrecht für Drittstaatsangehörige	26
C. Forschungsinteresse und Gang der Untersuchung	28
Teil 1: Die Trennung der Rechtsregime – Der Ausschluss Drittstaatsangehöriger vom personellen Anwendungsbereich der Grundfreiheiten	31
A. Die Anfänge des internen europäischen Migrationsrechts – Der freie Personenverkehr im EWG-Vertrag	33
I. Die Entstehung des EWG-Vertrags	33
II. Der wirtschaftsliberale Charakter des freien Personenverkehrs	35
III. Die soziale Dimension des EWG-Vertrags	37
1. Die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	37
2. Die Sozialpolitik	39
3. Zwischenergebnis	40
B. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit – Anwendungsbereich und Umsetzung	42
I. Die fehlende Staatsangehörigkeitsklausel in Art. 48 EWG	42

II. Zwischenergebnis	47
III. Die Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	48
1. Persönlicher und räumlicher Geltungsbereich der Umsetzungsakte	49
a) Beschränkung auf Staatsangehörige der Mitgliedstaaten	49
b) Diskrepanz zwischen personellem und räumlichem Geltungsbereich	50
c) Zwischenergebnis	54
2. Umfassendes Regelungskonzept der Umsetzungsakte	54
3. Gemeinschaftsvorrang	57
4. Die „Entdeckung“ des drittstaatsangehörigen Arbeitnehmers	62
C. Die Niederlassungsfreiheit – Anwendungsbereich und Umsetzung	68
I. Die Konzeption des Niederlassungsrechts	68
1. Die Niederlassungsfreiheit im Primärrecht	70
2. Die Niederlassungsfreiheit im Sekundärrecht	70
3. Zwischenergebnis	72
II. Räumliche und personelle Grenzen der Niederlassungsfreiheit	73
1. Die Einbeziehung der (ehemaligen) Kolonien	74
a) Die Ausgangssituation bei Inkrafttreten des EWG- Vertrags	74
aa) Die Niederlassung von ÜLG-Angehörigen in der EWG	75
bb) Die Niederlassung von EWG-Angehörigen in den ÜLG	76
b) Die Entwicklung nach der „Unabhängigkeitswelle“ des Jahres 1960	77
c) Besonderheiten bezüglich Algeriens und der DOM's	80
d) Auswertung und Zusammenfassung	81
2. Die Einbeziehung von Gesellschaften	83
III. Ergebnis	86
D. Die Dienstleistungsfreiheit – Anwendungsbereich und Umsetzung	86
I. Die Konzeption der Dienstleistungsfreiheit	86
II. Räumliche und personelle Grenzen der Dienstleistungsfreiheit	91
1. Die Einbeziehung der (ehemaligen) Kolonien	91
2. Zwischenergebnis	94
3. Drittstaatsangehörige als Träger der Dienstleistungsfreiheit	95
4. Ergebnis	98
E. Die übrigen Grundfreiheiten des EWG-Vertrags	99
I. Die Warenverkehrsfreiheit	99

II. Die Freiheit des Kapitalverkehrs	101
F. Auswertung und Zusammenfassung: Der räumlich-personelle Anwendungsbereich der Grundfreiheiten des EWG-Vertrags	103
G. Zusammenfassung in Thesen	107
 Teil 2: Die akzessorische Geltung von Unionsbürgerrechten für Drittstaatsangehörige	 109
A. Drittstaatsangehörige als Familienangehörige eines Unionsbürgers	114
I. Die „Familienfreizügigkeit“ im Wandel	114
1. Von den Anfängen der „Familienfreizügigkeit“ bis 1990	114
2. Die drei „Erwerbslosen-Richtlinien“	118
3. Die Einführung der Freizügigkeitsrichtlinie	119
II. Die einzelnen Tatbestandsmerkmale der Familienfreizügigkeit	120
1. Unionsbürgerschaft des Stammberechtigten	121
a) Drittstaatsangehörige als Stammberechtigte der Familienfreizügigkeit?	121
aa) Bleibeberechtigte Familienangehörige iSd Art. 12, 13 RL 2004/38	123
bb) Daueraufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige iSd Art. 16 RL 2004/38	126
b) Fazit	130
2. Ausübung des Rechts auf Personenfreizügigkeit	131
a) Wirtschaftsbezogene Personenverkehrsfreiheiten – Allgemeines Freizügigkeitsrecht	131
b) Grenzüberschreitender Sachverhalt	136
aa) Abschied vom Erfordernis des physischen Grenzübertritts?	138
bb) Aufgabe des „grenzüberschreitenden Sachverhalts“ in der Rechtssache Zambrano?	141
cc) Die Folgeurteile McCarthy, Dereci, O. und S.	144
(1) Das „Prüfschema“ des McCarthy-Urteils	145
(2) Der Inhalt des Kernbestands der Unionsbürgerrechte	146
(3) Rechtfertigung der Beeinträchtigung des Kernbestands der Unionsbürgerrechte?	151
(4) „Sonstige“ Beeinträchtigung der Freizügigkeit	153
c) Zusammenfassung	155
3. Familiäre Bindung	158
a) Ehegatte und Lebenspartner	158
b) Verwandte in gerader absteigender Linie	164

c) Verwandte in gerader aufsteigender Linie	166
d) Sonstige Familienangehörige	171
e) Zusammenfassung	174
4. Mit-/Nachzug des Familienangehörigen	176
a) Der zeitliche Ablauf der Inanspruchnahme der Familienfreizügigkeit	176
b) Gemeinsame Aufenthaltsbegründung im Aufnahmemitgliedstaat	179
c) Voraufenthalt des Familienangehörigen im Gebiet der Union	183
III. Der Begründungsansatz: „Dienende Funktion“ oder Familieneinheit?	188
IV. Fazit und Ausblick	192
 B. Drittstaatsangehörige im Kontext der Dienstleistungsfreiheit: Die Arbeitnehmerentsendung	194
I. Das Grundmodell der „Annex-Freizügigkeit“ im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit	194
II. Die Annex-Freizügigkeit als subjektives Recht des Arbeitnehmers?	199
1. Zur praktischen Bedeutung der Unterscheidung zwischen subjektivem Recht und Rechtsreflex	200
2. Abgrenzung zum Modell der Familienfreizügigkeit	202
III. Die Arbeitnehmerentsendung im Sekundärrecht	205
1. Die Entsenderichtlinie	205
a) Zur Entstehungsgeschichte	205
b) Die Ratio der Entsenderichtlinie: Arbeitnehmerschutz oder Schutz der Arbeitsmärkte?	207
aa) Die Maßstäbe des EuGH in der Rechtssache Portugaia Construções	209
bb) Das Spannungsverhältnis zwischen (Annex-) Freizügigkeit und Arbeitnehmerschutz	212
2. Entwurf einer Richtlinie über die Entsendung drittstaatsangehöriger Arbeitnehmer	215
IV. Welche subjektivrechtlichen Konsequenzen hat die Arbeitnehmerentsendung für den entsandten Arbeitnehmer?	
– Vorläufige Zwischenbilanz	219
V. Die Arbeitnehmerentsendung in der Rechtsprechung des EuGH	220
1. Definition der Arbeitnehmerentsendung	223
a) Arbeitnehmer und Unternehmer im Kontext der Entsenderichtlinie	224
b) Der sachliche Anwendungsbereich der Entsenderichtlinie	225

c) Arbeitnehmerentsendung und Leiharbeit – Die Rechtssache <i>Vicoplus</i>	226
d) Zwischenergebnis	230
2. Anforderungen an die Rechtmäßigkeit einer Entsendung von Drittstaatsangehörigen	231
a) Ordnungsgemäße und dauerhafte Beschäftigung	232
b) Kontroll- und Prüfmaßnahmen der Empfängerstaaten	235
3. Der (drittstaatsangehörige) Arbeitnehmer als Rechtssubjekt? – Eine Auswertung der EuGH-Verfahren zu Kontroll- und Prüfmaßnahmen der Mitgliedstaaten	239
a) Der Arbeitgeber als alleiniger Adressat der Kontroll- und Prüfmaßnahmen	240
b) Der entsandte Arbeitnehmer als (Mit-)Adressat und Betroffener der Kontroll- und Prüfmaßnahmen	240
aa) Verletzung der Dienstleistungsfreiheit	243
bb) Verletzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	245
c) Auswertung	246
aa) Zum Verhältnis von Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit im Kontext der Ent- sendung	248
bb) Der subjektivrechtliche Gehalt der Arbeitnehmerentsendung	251
VI. Ergebnis	258
C. Die Arbeitnehmerentsendung im Kontext der übrigen Grundfreiheiten	259
I. Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	260
II. Der freie Warenverkehr	260
III. Die Niederlassungsfreiheit	262
1. Personalentsendung zur Gründung von Agenturen/ Zweigniederlassungen/Tochtergesellschaften	262
2. Allgemeine Annex-Freizügigkeit im Kontext der Niederlassungsfreiheit?	267
D. Auswertung und Zusammenfassung	268
Teil 3: Das „neue“, „originäre“ Recht der Drittstaatsangehörigen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	273
A. Entstehung und Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicher- heit und des Rechts	274

I. Erste Rechtsentwicklungen hin zu einem europäischen Migrationsrecht: Von den 1970er Jahren bis zum Vertrag von Maastricht	275
II. Die zweite Phase des Vergemeinschaftungsprozesses: Die Kooperation der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der „Dritten Säule“	276
III. Die „echte“ Vergemeinschaftung migrationsrechtlicher Kompetenzen durch den Vertrag von Amsterdam und die Folgeverträge	278
1. Vertrag von Amsterdam	278
2. Vertrag von Nizza	280
3. Vertrag von Lissabon	282
a) Vertrag über eine Verfassung für Europa	282
b) Der Reformvertrag von Lissabon	284
IV. Instrumente und Verfahren zur Verwirklichung des RFSR	287
1. Die strategischen Leitlinien des Europäischen Rates	287
2. Das Initiativrecht der Europäischen Kommission	288
V. Die programmatischen und strategischen Entwicklungen der europäischen Einwanderungspolitik von 1999–2014	289
1. Die erste Phase: 1999–2004	290
a) Das Programm von Tampere	290
b) Die Aktivitäten der Europäischen Kommission	294
c) Zwischenbilanz	302
2. Die zweite Phase: 2004–2009	304
a) Das Programm von Den Haag	304
b) Das Grünbuch zur Wirtschaftsmigration	307
aa) Interessen der Europäischen Kommission	308
bb) Interessen des Europäischen Parlaments	309
cc) Interessen der Mitgliedstaaten	310
c) Der Strategische Plan zur legalen Zuwanderung	312
d) Die Umsetzung des Strategischen Plans zur legalen Zuwanderung	316
3. Die dritte Phase: 2009–2014	318
a) Das Programm von Stockholm	318
b) Die Aktivitäten der Europäischen Kommission	321
c) Die Umsetzung des Programms von Stockholm	322
4. Die vierte Phase: Der Post-Stockholm-Prozess	324
VI. Die europäische Migrationspolitik seit Amsterdam: Zusammenfassung und Auswertung	325
1. Konzepte/Strategien/Interessen	325
2. Akteure	327
3. „Gleichheit“ als Konzept europäischer Migrationspolitik?	329

B. Das europäische Einwanderungsrecht: Die relevanten Rechtsakte	333
I. Einheitliche Gestaltung des Aufenthaltstitels	335
II. Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit	336
III. Zwischenbilanz	338
IV. Familienzusammenführung	339
1. Anwendungsbereich	341
2. Gleichbehandlung	343
3. Integrationsmaßnahmen	344
4. Bewertung	345
V. Daueraufenthalt	346
1. Anwendungsbereich	346
2. Gleichbehandlung	348
3. Innereuropäische Mobilität	351
4. Bewertung	353
VI. Studium/Forschung	356
1. Studentenrichtlinie	356
2. Forscherrichtlinie	359
3. Reformvorhaben	363
4. Bewertung	365
VII. Hochqualifizierte Beschäftigung	366
1. Anwendungsbereich	367
2. Erteilungsvoraussetzungen	367
3. Rechte der Blue-Card-Inhaber	369
a) Zugang zum Arbeitsmarkt	370
b) Inländerbehandlung	371
c) Familiennachzug	372
d) Daueraufenthaltsrecht	373
e) Weiterwanderung	374
4. Bewertung	375
VIII. Einheitlicher Antrag/Gleiche Rechte	376
1. Systematik und Anwendungsbereich	378
2. Zwischenbilanz	381
3. Einheitliches Antragsverfahren/Kombinierte Erlaubnis	382
4. Das Recht auf Gleichbehandlung	383
a) Arbeitsbedingungen	383
b) Vereinigungsfreiheit	384
c) Allgemeine und berufliche Bildung	384
d) Berufsankennung	385
e) Soziale Sicherheit	385
f) Steuervergünstigungen	386
g) Zugang zu Waren und Dienstleistungen	387
h) Mitnahme von Renten	387

5. Zusammenfassung und Bewertung	387
6. Fazit	389
IX. Saisonarbeit	391
1. Anwendungsbereich	392
2. Zulassungsverfahren	393
3. Zwischenbilanz	395
4. Rechte der Saisonarbeitnehmer	397
5. Fazit	398
X. Konzerninterne Entsendung	400
1. Anwendungsbereich	401
2. Zulassung	402
3. Recht auf Gleichbehandlung	403
4. Familiennachzug	404
5. Mobilität	405
6. Bewertung	406
C. Zusammenfassung und Auswertung	408
I. Einheitliches Recht der Drittstaatsangehörigen?	408
1. Die Anwendungsbereiche der Rechtsakte zum Einwanderungsrecht	409
2. Die Inhalte der Rechtsakte zum Einwanderungsrecht	416
II. Gleichstellung mit Unionsbürgern?	426
1. Öffnung des „Unionsbürger-Migrationsrechts“ für Drittstaatsangehörige	426
2. Materiellrechtliche Vergleichbarkeit von „Unionsbürger- Migrationsrecht“ und „Drittstaatsangehörigen- Migrationsrecht“	427
III. Gleichstellung mit Inländern?	433
1. Interpretationsprobleme	439
2. Die Gleichstellungsklauseln im Überblick	441
D. Beantwortung der Forschungsfragen	448
E. Ausblick und Perspektiven	457
Literaturverzeichnis	460